

Globale Gesundheit in Gefahr

Der Klimawandel bedroht die Gesundheit – global, aber auch regional. Die medizinisch-gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels sind in der öffentlichen Diskussion allerdings weit weniger präsent als seine politische und wirtschaftliche Dimension.

Dabei sind die Auswirkungen durch Folgeerscheinungen wie Hitzewellen und zunehmende Luftverschmutzung schon jetzt deutlich in den Praxen zu spüren. Myokardinfarkte z. B. nehmen insbesondere bei Menschen mit Diabetes mellitus und Hyperlipidämie bei Hitze zu, Allergien und Infektionskrankheiten breiten sich aus. Auch die psychischen Auswirkungen durch Katastrophen, Stress und Migration tangieren die ärztliche Tätigkeit unmittelbar.

Die World Medical Association (WMA) hat bereits 2009 in Delhi festgestellt, dass das Erreichen der Klimaziele, und vor allem eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad Celsius, essentiell für den Erhalt der globalen Gesundheit, für nachhaltige Entwicklung und ein lebenswertes und gerechtes Leben für möglichst viele Menschen ist. Im selben Jahr erklärte die Expertenkommission von „The Lancet“ den Klimawandel zur größten Bedrohung der weltweiten Gesundheit.

Fakt ist: Das Gesundheitswesen produziert eine beträchtliche Menge an Treibhausgasen, toxischen Chemikalien, Abfall und Abwasser. In Deutschland stammen 5,2 Prozent aller emittierten Treibhausgase aus dem Gesundheitswesen – das entspricht 54 Millionen Tonnen CO₂. Zum Vergleich: Passagierflugzeuge verursachten 2017 „nur“ 31,2 Millionen Tonnen CO₂. Auch die Pro-Kopf-Emissionen des Gesundheitswesens in Deutschland sind höher als der Durchschnitt der anderen EU-Länder.

„Auch Praxisärztinnen und Praxisärzte können und müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten“, ist der Verband der niedergelassenen



Ärzte (Virchowbund) überzeugt. Ärzte und Mitarbeiter in Praxen und Kliniken sind demnach zweifach gefordert. Einerseits gilt es, Ressourcen zu schonen und mitzuhelfen, die Erderwärmung einzudämmen (Mitigation). Andererseits müssen sich Abläufe und Ausstattung auch an die bereits merklichen Veränderungen anpassen (Adaptation).

Ein Beispiel der Adaptation: Ärzte sollten Medikamentenpläne bezüglich möglicher Auswirkungen einer Hitzewelle prüfen. Diuretika und ACE-Hemmer können den Hydratationszustand und den Elektrolythaushalt beeinflussen; Statine, Fibrate und Lithium verändern ihre Wirkung durch Dehydrierung; Blutdrucksenker verstärken die Hitzebelastung; Betablocker und manche Antidepressive wirken sich auf den Wärmehaushalt aus.

Im Bereich der Mitigation gibt es schon heute zahlreiche Initiativen, etwa die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG), Zero Emission Hospital oder Health Care Without Harm. Der britische National Health Ser-

„Primum non nocere“: Das Gebot nicht zu schaden gilt auch für den Patienten Erde.

vice (NHS) hat bereits 2008 ein eigenes Büro für nachhaltige Entwicklung eingerichtet. Durch offizielle Vorgaben einerseits und Unterstützung für freiwillige Initiativen andererseits konnte der NHS u. a. den CO₂-Ausstoß im Gesundheitswesen um 26 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Die Maßnahmen umfassten u. a. bauliche Veränderungen an Gebäuden, Förderung umweltfreundlicher Mobilität und Ernährung sowie der Umstieg auf CO₂-arme Pulverinhalatoren bei Asthmapatienten bzw. auf Sevofluran in der Anästhesie. Bis 2040 will der NHS vollständig emissionsfrei werden; schon 2030 sollen britische Allgemeinarztpraxen CO₂-neutral arbeiten.

Die verschiedenen Initiativen zeigen deutlich, dass sowohl große Kliniken und MVZ als auch kleine Einzelpraxen ungeahnt viel Verbesserungspotenzial in Sachen Klimaschutz bereithalten. Ein großer Teil davon kann sich kurz- bis mittelfristig sogar refinanzieren – z. B. durch niedrigere Kosten beim Strom- und Wasserverbrauch. Bund, Länder, Kommunen und sogar private Stiftungen bieten Förderungen für Klimaprojekte an, für die sich auch Praxen bewerben können. Einen Überblick bietet www.foerderdatenbank.de.

Der Virchowbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, niedergelassene Ärzte auf den Klimawandel und die medizinischen Folgen vorzubereiten, und die Politik zu nötigen Initiativen zu beraten. Ein entsprechender Leit-antrag wurde bei der Bundeshauptversammlung Anfang November in Berlin beschlossen.

Das Thema „Klimawandel und Gesundheit“ wird auch ein Schwerpunktthema des Deutschen Ärztetages 2021 sein. Der Ärztetag wird sich voraussichtlich den Forderungen des Virchowbundes anschließen. Der Wille zur Veränderung muss aber letzten Endes aus den Praxen selbst kommen.

Adrian Zagler

Hintergrundinformationen und praktische Tipps zum Klimaschutz für die Arztpraxis erhalten Sie unter www.virchowbund.de/klima



Influenza-Impfung

Zuerst die Hochrisikogruppen impfen

Es werden weitere Grippeimpfstoffdosen für November erwartet, meldet die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV).

Im November sollen laut KBV weitere Grippeimpfstoffdosen ausgeliefert werden. Es handelt sich um mehr als sieben Millionen Dosen, die größtenteils das Bundesgesundheitsministerium zusätzlich geordert hat. Damit stehen für die Saison 2020/21 in Deutschland über 26 Millionen Impfstoffdosen zur Verfügung. Nach Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums sind das fast doppelt so viele wie in der vergangenen Saison mit 14 Millionen Dosen verimpft wurden. Aufgrund der hohen

Nachfrage nach Gripeschutzimpfungen in den Arztpraxen spricht sich die KBV gegen eine generelle Impfempfehlung aus. Es sollen vorrangig Risikogruppen geimpft werden. „Wir raten, den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission zu folgen und primär Risikoklientel zu impfen“, so Dr. Stephan Hofmeister, Vorstandsvorsitzender der KBV. Wenn dann noch Impfstoff übrig sei, könnten andere Gruppen geimpft werden. Wenn sich an diese Empfehlungen gehalten werde, dann reiche „auch der Impfstoff mit größter Wahrscheinlichkeit, um diese Risikogruppe wirksam zu schützen“.

Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung, Bundesgesundheitsministerium

Influenza-Impfung

Internisten impfen trotz Regress-Sorgen

Der Berufsverband Deutscher Internisten hat in einer Blitzumfrage unter seinen niedergelassenen Mitgliedern deren Impfverhalten abgefragt. Das Ergebnis ist eindeutig: 96 % impfen Patienten und zwar unabhängig davon, ob sie als Internisten in der hausärztlichen oder fachärztlichen Versorgung tätig sind. Zwei Drittel der Befragten gaben zudem an, im vergangenen Jahr mehr als 200 Impfungen durchgeführt zu haben; 37 % der Internisten impfen sogar mehr als 400 Patienten im Jahr. Besorgniserregend ist laut BDI jedoch in diesem Zusammenhang, dass rund ein Drittel der Befragten angab, Arzneimittel-Regress zu befürchten, sofern der bestellte Impfstoff nicht verbraucht werden sollte. Dies betrifft vor allem Kollegen in den Regionen der KV Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Westfalen-Lippe. „Gerade in der aktuellen Situation, in der es gilt unser Gesundheitswesen vor einer doppelten Infektionswelle zu schützen, dürfen Regresse kein Thema sein! Dass trotzdem 70 % unserer Kollegen in diesem Jahr mehr Impfstoff geordert haben als im letzten Jahr, verdeutlicht, dass die Patientinnen und Patienten für die Internisten in Deutschland an erster Stelle kommen“, so Christine Neumann-Grutzeck, Präsidentin des BDI. Die Umfrage zeige auch, dass ausreichend Ärzte bereit seien zu impfen, sofern denn Impfstoff zur Verfügung stehe. Insofern sei es überflüssig, hierfür nicht qualifizierte Apotheker vorzusehen, so Neumann-Grutzeck weiter.

► An der Umfrage haben sich mehr als 580 Mitglieder des BDI beteiligt.

Quelle: Berufsverband Deutscher Internisten e. V.

Corona-Teil-Lockdown

BÄK: „Wichtige Notbremse“

Der Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK) hat sich am 28. Oktober in einem Statement hinter die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz gestellt.

Der BÄK-Vorstand sieht in den Beschlüssen eine „wichtige Notbremse“ um den aktuellen Anstieg der Infektionszahlen zu verlangsamen. Eine ungebremste Ausbreitung des Corona-Virus könnte zu einer Überlastung des Gesundheitssystems und damit zu einer Gefährdung der gesundheitlichen Versorgung bei dringend notwendigen Behandlungs- und Vorsorgefällen führen, so Dr. Klaus Reinhardt, BÄK-Präsident, Dr. Ellen Lundershausen und Dr. Heidrun Gitter, beides

BÄK-Vizepräsidentinnen. Deshalb seien die gefassten Beschlüsse aus medizinischer Sicht angemessen und geboten. Insbesondere sei die Offenhaltung von Kitas und Schulen aus infektologischer Sicht vertretbar und mit Blick auf die körperliche und mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen dringend geboten. Neben den Maßnahmen zur Begrenzung von Neuinfektionen seien praktikable Schutzkonzepte speziell für Risikogruppen erforderlich.

Quelle: Bundesärztekammer



Selbstbestimmung

Neuer Leitfaden zur Patientenverfügung

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht sollen sicherstellen, dass Patienten ihren Wünschen gemäß behandelt werden, auch wenn sie diese zu dem Zeitpunkt nicht mehr artikulieren können. Die von der Ärztekammer Westfalen-Lippe herausgegebene Broschüre „Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht – Leitfaden für Patienten und Angehörige“ bietet Informationen zu den wichtigsten Fragen und ist jetzt in einer vollständig überarbeiteten Fassung erhältlich.

Quelle: Ärztekammer Westfalen-Lippe

Bürokratieindex

Bürokratieaufwand in Praxen steigt wieder

BIX 2020: Corona beschert Niedergelassenen zusätzlichen Bürokratieaufwand.

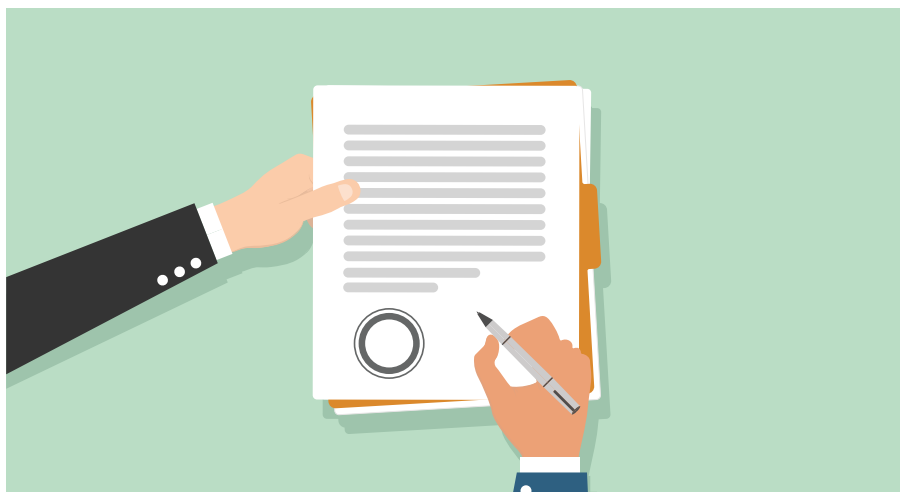
Der Bürokratieaufwand in den Praxen ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 % gestiegen. Zusätzlich belastet die Corona-Pandemie die Vertragsärzte mit komplexen Regelungen und unklaren Zuständigkeiten. Das geht aus dem Bürokratieindex für die vertragsärztliche Versorgung (BIX) hervor, den die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) mit der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) im November veröffentlicht hat. Insgesamt 55,8 Millionen Netto-Arbeitsstunden verursachten die durch die gemeinsame Selbstverwaltung begründeten Informationspflichten in diesem Jahr – das

sind 715.000 Stunden mehr als 2019. Als größter Zeit- und Ressourcenfresser stellte sich wieder ein nur kleiner Teil der ärztlichen Informationspflichten heraus. Den größten Zuwachs an Nettostunden verzeichnete hierbei die AU-Bescheinigung mit circa 561.000 Nettostunden mehr als im Jahr 2019. Schon vor Corona führten die hohe Beschäftigungsquote und das steigende Durchschnittsalter der Beschäftigten zu einem tendenziell höheren Krankenstand. Bei den Entlastungen steht in diesem Jahr die Datenerhebung für das Ersatzverfahren an erster Stelle – circa 162.000 Nettostunden konnten hier eingespart werden.

Quelle: Kassenärztliche Bundesvereinigung

Versorgungsverbesserungsgesetz

Mehr Möglichkeiten für Selektivverträge



Das Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (GPVG) enthält ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen. Die wesentlichen Ziele des Gesetzesentwurfs sind: Mehr Personal in der Altenpflege, eine stabile Finanzierung der GKV im kommenden Jahr und mehr Stellen in der Geburtshilfe. Des Weiteren sollen Krankenkassen erweiterte Spielräume für Selektivverträge erhalten, um regionalen Versorgungsbedürfnissen besser Rechnung zu tragen – z. B. erweiterte Möglichkeiten für Vernetzungen über die GKV hinaus. Der Spitzenverband Fach-

ärzte Deutschlands (SpiFa) begrüßt die angestrebte Flexibilisierung von Selektivverträgen im Gesetzesentwurf des GPVG und bringt eine Anschubfinanzierung für den Abschluss weiterer Verträge ins Spiel. Mit einer Anschubfinanzierung soll laut SpiFa ein tragfähiges finanzielles Fundament für den Abschluss weiterer Selektivverträge geschaffen und damit Versorgungsverträge nach § 140a SGB V auch finanziell gefördert werden.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e.V.

Ernährung

Nutri-Score kommt

Der Bundesrat hat am 9. Oktober der Einführung des sogenannten Nutri-Score zugestimmt.

Verbraucher können künftig beim Lebensmitteleinkauf leichter auf die Nährwertzusammensetzung achten. Mit der Einführung des Nutri-Scores lassen sich die Eigenschaften der verschiedenen Produkte auf einen Blick erfassen und vergleichen. Die farbliche Skala reicht von einer positiven grünen A-Bewertung bis zur roten E-Bewertung für eine eher ungünstige Nährwertzusammensetzung. Der Score gibt Anhaltspunkte dafür, wie die tägliche Lebensmittelauswahl kombiniert werden sollte: Je besser der Score, desto mehr könnte das Lebensmittel zur ausgewogenen täglichen Ernährung beitragen – während Lebensmittel mit einer ungünstigeren roten Bewertung nur in Maßen verzehrt werden sollten.

Quelle: Bundesrat

Arzneimittelversorgung

Versandhandel und Botendienste im Umfragetrend



Wie haben die Versicherten in Zeiten der Corona-Pandemie die Versorgung mit notwendigen Arzneimitteln wahrgenommen? Im Auftrag des BKK Dachverbandes hat das Meinungsforschungsinstitut Statista im September dazu 3.000 Personen ab einem Alter von 18 Jahren aus Deutschland online befragt. Das Ergebnis: Insgesamt 42 % der Deutschen haben während der Corona-Pandemie Medikamente bezogen. Davon haben 73 % die Apotheke vor Ort gewählt, 38 % haben ihre Arzneimittel zusätzlich auch durch Versandapotheken erworben. Vor allem Jüngere im Alter von 18 bis 29 Jahren (42 %) haben diese Bezugsquelle genutzt. Auch der Versandhandel sei eine wichtige Ergänzung zur Patientenversorgung insbesondere in strukturschwachen Regionen, so Franz Knieps, Vorstand des BKK Dachverbandes. Für insgesamt 33 % der Befragten ist der Liefer- und Botendienst interessant. Auch hier wollen vor allem die Jüngeren auf diesen Dienst (37 %) nicht verzichten.

Quelle: BKK Dachverband

Wissenschaft

Leitlinien für datenintensive Forschung

Die Corona-Pandemie zeigt: Die intensive Nutzung digitaler Daten eröffnet der Forschung heute eine Vielzahl neuer Möglichkeiten.

Digitale Infrastrukturen auf neuestem Stand sind eine Voraussetzung für die Nutzung digitaler Daten, nach Ansicht des Wissenschaftsrats brauche es jedoch einen „Kulturwandel“. Um diesen Prozess zu unterstützen, hat er im Oktober ein Positionspapier verabschiedet. Es enthält acht Leitlinien und daraus resultierenden Empfehlungen. Kern des Kulturwandels ist demnach die Bereitschaft von Wissenschaftlern,

Daten mit anderen zu teilen. Nur dann können Daten in neuer Weise zusammengeführt und wiedergenutzt werden. Um dabei hohe Qualität und effiziente Arbeitsprozesse zu sichern, ist es wichtig, sich auf gemeinsame Standards für folgende Punkte zu verständigen:

- die Aufbereitung der Daten
- die Dokumentation der Datenverarbeitung
- der Offenlegung verwendeter Software
- die Nutzung von Daten

Die Regeln, nach denen Daten geteilt und archiviert werden, sollen je nach Wissenschaftsgebiet differenziert werden. Datenintensive Forschung erfordert auch eine Vielzahl von neuartigen Kompetenzen, um Methoden weiterzuentwickeln, Standards zu etablieren sowie Qualität und Nachhaltigkeit zu sichern. Grundkenntnisse müssten allen Studierenden vermittelt werden, unabhängig davon, ob diese einen Beruf in der Wissenschaft oder außerhalb anstreben.



Quelle: Wissenschaftsrat

Statistik

Der Arbeitsmarkt im Oktober

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind im Oktober nach Angaben der Arbeitsagentur gesunken. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit nimmt weiter ab.

„Nach wie vor zeigen sich am Arbeitsmarkt aber deutliche Spuren der ersten Welle der Corona-Pandemie“, so Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA), im Oktober in Nürnberg. Die Arbeitslosigkeit ist im Zuge der Herbstbelegung im Oktober kräftig gesunken. Mit 2.760.000 liegt die Zahl der Arbeitslosen 87.000 niedriger als im Vormonat. Saisonbereinigt hat sie sich um 35.000 verringert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Arbeitslosenzahl um 556.000 erhöht. Die

Arbeitslosenquote sinkt von September auf Oktober um 0,2 Prozentpunkte auf 6,0 %, verzeichnet aber im Vergleich zum Oktober des vorigen Jahres ein Plus von 1,2 Prozentpunkten. Die vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosenquote belief sich im September auf 4,4 %. Nach aktuellen Daten zu geprüften Anzeigen wurde vom 1. bis einschließlich 25. Oktober für 96.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Damit liegt die Zahl der Personen, für die Kurzarbeit angezeigt wird, in etwa auf dem Vormonatsniveau. Die Inanspruchnahme des Kurzarbeitergelds hat nach dem bisherigen Höchststand im April mit knapp 6 Millionen sukzessive abgenommen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

